



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 24.10.2012, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Musische Bildung an Kindertagesstätten und
Grundschulen - Bericht Schuljahr 2011/2012

Vorl.Nr. 429/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 429/12.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) erläutert diese nachfolgend ausführlich anhand einer Powerpoint-Präsentation. Das Projekt sei im Frühjahr 2011 beschlossen worden. Sie berichtet über die Erfahrungen im Schuljahr 2011/2012. Ein guter Bekanntheitsgrad in den Einrichtungen sei erreicht worden. Das zuschussfähige Honorar möchte man anheben, sodass auch Fachkräfte an den Vormittagen gewonnen werden könnten. Es solle auch zweckgebunden für dieses Projekt eine Koordinationskraft angestellt werden. Frau Richert spricht abschließend allen Kooperationspartnern ihren Dank aus.

Frau **Ehring** (Schulleiterin Friedensschule) berichtet über die Situation ihrer Grundschule. Von den 150 Schülerinnen hätten 60 % einen Migrationshintergrund. In der Projektphase sei das Programm MusikImpuls in den Unterricht integriert gewesen. Es sei zu beobachten, dass die Musikschullehrkraft durch die Musik einen anderen Zugang zu schwierigen Schülern habe. Sie sei froh über die Kooperation mit der Jugendmusikschule. Die Lehrerzuweisung im Randbereich gehe immer weiter zurück und sei so knapp, dass nicht alle Gruppen regelmäßig von Fachlehrern begleitet werden könnten. Das Programm MusikImpuls finde direkt vor oder nach dem Regelunterricht statt und stelle eine wertvolle Bereicherung des schulischen Lebens dar.

In der nachfolgenden Aussprache stellt Stadtrat **Heer** seitens seiner Fraktion fest, dass man zu wenig Lehrerstunden in den Schulen für musische Bildung habe und deshalb freie Träger bemühen müsse. Er sieht darin eine Mangelpolitik der Landesregierung.

EBM **Seigfried** erläutert ergänzend, dass das Programm MusikImpuls zusätzlich zu anderen Angeboten möglichst vielen Kindern Zugänge zu einer musischen Bildung im Sinne einer Chancengerechtigkeit ermöglichen sollte.

Beratungsverlauf:

Das Gremium erhält die Mitteilungsvorlage Nr. 451/12 als Tischvorlage ausgereicht.

EBM **Seigfried** verweist auf die Beratung im letzten Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) bezüglich der Einführung des offenen Ganztages am Friedrich-Schiller-Gymnasium und den damals eingegangenen weiteren Antrag des Goethe-Gymnasiums. Er verweist weiterhin auf die vorliegende Tischvorlage und erläutert die Schwerpunkte der Vorlage und die vorgeschlagenen Rahmenbedingungen, insbesondere die echte Rhythmisierung des Ganztages, die schulorganisatorischen Rahmenbedingungen, keine Ausweitung des originären Raumbedarfs sowie als finanzielle Rahmenbedingungen ein maximaler Betrag von 20.000 Euro für Unterstützungsmaßnahmen sowie Sachkosten von 5.000 Euro und kostendeckende Elternbeiträge für die über das Stundentableau des Landes hinausgehende Betreuung.

Eine Aussprache findet nicht statt. Das Gremium nimmt die Tischvorlage und die Ausführungen zur Kenntnis.

EBM **Seigfried** erklärt abschließend, dass die Vorlage mit der Möglichkeit der vorigen Behandlung in den Fraktionen zur Beratung auf die Tagesordnung des BSS am 07.11.2012 gesetzt werde.

Beschlussempfehlung:

1. Beim Regierungspräsidium Stuttgart wird beantragt, das Goethe-Gymnasium ab dem Schuljahr 2013/2014 beginnend mit einer fünften Klasse als Ganztagschule in offener Angebotsform einzurichten.
2. Die Stadt Ludwigsburg erklärt sich als Schulträger antragsgemäß bereit, die Sachkosten für die Ganztagschule sowie die Personalkosten für die beantragte Betreuung dauerhaft, vorbehaltlich einer zukünftig möglichen finanziellen Beteiligung des Landes, zu übernehmen.
3. Den jährlich notwendigen Personalkosten in Höhe von ca. 20.000 Euro und jährlich erforderlichen Sachkosten in Höhe von höchstens 5.000 Euro wird zugestimmt. Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2014 angemeldet. Die bereits im Haushaltsjahr 2013 anfallenden Kosten werden aus dem Budget des Fachbereichs Bildung, Familie, Sport übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 435/12 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Meyer** in den Ganztagesangeboten einen wichtigen Baustein im Rahmen des Schulentwicklungsplans. Man erwarte jedoch, dass man in Zukunft unter dem Dach des Campus etwas mehr „Miteinander“ arbeite und gemeinsam Konzepte entwickle.

EBM **Seigfried** ergänzt die bereits erwähnten Kriterien. Formale Voraussetzung sei, dass die Anträge bis 30.06. eingehen müssten, damit noch Zeit für die Vorberatung sei.

Stadtrat **von Stackelberg** würde sich freuen, wenn man mit zwei von vier Gymnasien 2013/2014 mit einem Ganztagesbetrieb an den Start gehen könnte. Auch ihm sei wichtig, dass die Schulen miteinander kooperierten. Man befinde sich auf dem Schulcampus in einem relativ überschaubaren Raum.

Stadträtin **Moersch** begrüßt den Einstieg in den Ganztagesbetrieb. Eine Einzügigkeit werde nicht reichen, denn nach einer Umfrage bei den Eltern möchten 51 % das Ganztagesangebot nutzen. Aus Sicht ihrer Fraktion sei der Ganztagesbetrieb jedoch eine Aufgabe des Landes, das die Erfüllung dieser Aufgabe schuldig geblieben sei und dabei noch die Pool-Stunden reduziert habe. Die Stadt gehe finanziell in Vorleistung. Man müsse die Eltern informieren, dass ein Elternbeitrag fällig werden wird. Die Schulleiter müssten eng zusammen arbeiten, alles andere widerspräche dem Campus-Gedanken.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht Fortschritte beim Ganztagesbetrieb in den weiterführenden Schulen. Es trete ein Paradigmenwechsel gegenüber der alten Vormittagsschule ein. Die freundliche Zusammenarbeit der beiden Gymnasien in den letzten Wochen der Komplettierung des Antrags des Goethe-Gymnasiums sei sehr positiv. Ein Campus-Angebot wäre auch seiner Fraktion lieber gewesen als Angebote einzelner Schulen, dennoch stehe man dem Vorhaben positiv gegenüber.

Stadtrat **Heer** kritisiert die Praxis der Landesregierung, die lediglich die Ganztagesbetreuung an Grundschulen finanziere. Damit würden Kosten auf die Stadt abgewälzt. Der erste Einstieg in eine Ganztagesbetreuung sollte zunächst nur vom Schiller-Gymnasium durchgeführt werden, denn der Gemeinderat habe beschlossen, die Ganztagesbetreuung schrittweise auszubauen. Erste Erfahrungswerte könnten am Schiller-Gymnasium gesammelt werden. Es müsse noch ausführlich über eine multifunktionale Nutzung des Campus gesprochen werden.

EBM **Seigfried** erklärt, dass man in Ludwigsburg schon seit Jahren mit den vorhandenen Möglichkeiten und den lokalen Ressourcen versuche, das Optimale zu erreichen. Ein neuer Effekt sei, dass die Gymnasien mit den gegebenen Möglichkeiten in unterschiedlicher Form agierten.

Einen schulübergreifenden Ganzttag könne es nicht geben, jede Schule müsse für sich einen Antrag stellen. Man könne als Stadt nur versuchen, alles was an zusätzlichen Möglichkeiten erforderlich sei, in einer Form anzubieten, die größtmögliche Synergieeffekte für den Schulträger bringe.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) beantwortet daraufhin die aufgeworfenen Fragen, insbesondere nach dem Antragsverfahren beim Regierungspräsidium. Die beiden Anträge könnten sich gegenseitig nicht blockieren.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 435/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2.3

Schulkindbetreuung an der Anton-Bruckner-Schule im Schuljahr 2012/2013

Vorl.Nr. 360/12

Beschluss:

1. Die Diakonische Bezirksstelle wird beauftragt, im Schuljahr 2012/2013 die Ganztagesbetreuung, die Essensausgabe und das Förderprogramm an der Anton-Bruckner-Schule durchzuführen.
2. Die für den Zuschuss in Höhe von 257.190,00 € erforderlichen Mittel stehen vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats im Haushalt 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Kromer (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 360/12 und informiert kurz über den neuen Sachstand.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet, dass der Baubeginn sechs Monate später beginne. Die Pestalozzischule gehe davon aus, dass der Umzug erst zum Schuljahresende erfolgen werde.

Auf Hinweis von Stadtrat **Glasbrenner** erklärt EBM **Seigfried**, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft des Nachbarn, Gartenstraße 14, zum Wechsel gegeben habe, wenn er ein gleichwertiges Betriebsgebäude erhalte. Dies habe man ihm nicht anbieten können.

EBM **Seigfried** stellt auf Nachfrage von Stadtrat **von Stackelberg** klar, dass es keinen Sinn mache, die Pestalozzischule in ein Provisorium umziehen zu lassen, wenn sich die Sanierung des heutigen Gebäudes verzögere. Daher werde der Umzug zum Ende des Schuljahres erfolgen.

Stadträtin **Kopf** stellt fest, dass die Zusammenführung der beiden Grundschulen am Campus holprig und teuer sei. Auf ihre Nachfrage erläutert Herr **Reichert**, dass man jährlich den Auftragsumfang der Diakonie, der jedes mal andere Grundvoraussetzungen und Kosten habe, im Ausschuss beschließen.

Stadtrat **Daferner** sieht ebenfalls schwierige Rahmenbedingungen. Die Diakonie sei ein verlässlicher Partner, der auch schwierige Situationen meistern könne. Trotz der Irritationen bezüglich der Kosten stimme man der Vorlage zu.

Aus der Sicht von Stadträtin **Moersch** hätte sich die Verwaltung viel Arbeit ersparen können, denn die Möglichkeiten wären auch im Grundschulcampus vorhanden gewesen. Der Vorlage stimme ihre Fraktion zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht die Kostensteigerung in der Notwendigkeit, bei der Spätbetreuung mehr Personal einsetzen zu müssen. Insofern könne man dem Vorschlag zustimmen.

Herr **Reichert** beantwortet abschließend die weiteren Fragen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere zur Einrichtung einer Interims-Mensa und zur Schimmelsanierung.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 360/12 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2.4	Aufnahme der privaten Kindertagesstätte "Kind und Beruf gGmbH" der Kreissparkasse Ludwigsburg in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg ab März 2013. Förderung durch die Stadt Ludwigsburg gemäß § 8 KitaG	Vorl.Nr. 436/12
---------	--	-----------------

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt die Aufnahme der privaten Kindertageseinrichtung „Kind und Beruf gGmbH“ der Kreissparkasse Ludwigsburg mit 15 Plätzen für Kleinkinder unter drei Jahren und 20 Plätzen für Kinder von 3-6 Jahren in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg.
2. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt, bei der Bezuschussung des Trägers Kind und Beruf gGmbH eine Pauschalabrechnung anzuwenden (siehe Vorlage 099/10). Hierbei werden die anerkannten Betriebskosten auf Basis der vom Städte- und Gemeindetag festgelegten Kosten pro Platz im interkommunalen Kostenausgleich errechnet. Die Träger erhalten für die Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 63% der anerkannten Betriebskosten und für Kinder im Alter von 0-3 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 68% der anerkannten Betriebskosten.
3. Der Zuschuss wird ab Inbetriebnahme erstmalig im Jahr 2013 und für die anteiligen Monate in Höhe von maximal 218.363 € gewährt. Die Finanzierung im Jahr 2013 erfolgt über voraussichtlich nicht benötigte Mittel aus der laufenden Förderung der kirchlichen oder sonstigen Träger (Finanzposition 1.4641.7040. und 1.4641.7020). Ab dem Jahr 2014 müssen die finanziellen Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Kromer (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Unter dem Hinweis auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 436/12 führt EBM **Seigfried** einleitend in den Sachverhalt ein.

Es wird seitens des Gremiums kein Sachvortrag gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache begrüßt Stadträtin **Kopf** das Engagement der Kreissparkasse. Die Einrichtung werde bezuschusst wie andere private Einrichtungen auch, dafür habe man Richtlinien. Der Bedarf sei vorhanden.

Stadtrat **Dr. Bohn** begrüßt ebenfalls die Initiative der Kreissparkasse. Er zweifelt jedoch, dass für das Alterssegment 3-6 Jahre in der Stadt Bedarf an 20 Plätzen vorhanden sei.

Stadtrat **Kirnbauer** und Stadträtin **Klett-Heuchert** bringen die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage zum Ausdruck.

Stadtrat **Heer** würde sich wünschen, dass auch die Stadt dem guten Beispiel der Kreissparkasse folge, generationengerecht handle und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Betriebskindergarten einrichte.

Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) geht daraufhin auf Fragestellungen von Stadtrat **Kirnbauer** und Stadträtin **Klett-Heuchert** im Hinblick auf die Finanzierung und den Personenkreis, der aufgenommen wird, ein.

EBM **Seigfried** erläutert, dass, nachdem nur Kinder von Bediensteten aufgenommen würden, an anderer Stelle keine Umwandlung von Kindertageseinrichtungen stattfinden könne. Man habe auch in der Vergangenheit Gespräche mit Betrieben bezüglich der Einrichtung von Betriebskindergärten geführt.

Er stellt anschließend die Vorl.Nr. 436/12 im Gremium zur Abstimmung.

Frau **Schober** erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation die Auswirkung auf die Bedarfsentwicklung und gibt einen Überblick über den Versorgungsstand. Des Weiteren beantwortet sie Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums. Man habe im U3-Bereich 312 Plätze zur Verfügung. Weitere 125 Plätze würden 2013 geschaffen. Frau Schober erläutert weiterhin bundesweite Bedarfsprognosen sowie Prognosen zu den verschiedenen Altersgruppen. Entscheidend sei, dass die beschlossenen Maßnahmen für 2013 auch umgesetzt würden. Den genauen Bedarf könne man nicht prognostizieren. Die Erfüllung der zu Planungszwecken angenommenen Quote schütze die Stadt nicht vor dem Einklagen des Anspruchs. Die Frage nach dem Notfallplan werde in der BSS- Klausur behandelt.

Beschluss:

Die Karlshöhe erhält für ihre Beratungsstelle für ausländische Jugendliche im Rechnungsjahr 2013 einen Zuschuss in Höhe von 18.500 €.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderats im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung.

Nach Ablauf des jeweiligen Rechnungsjahres ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszuges aus der Jahresrechnung und eines Tätigkeitsberichts vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)
 Stadtrat Kromer (entschuldigt)
 Stadträtin Klett-Heuchert (entschuldigt)
 Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM Seigfried auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 431/12.

Es wird seitens des Gremiums weder ein Sachvortrag gewünscht noch findet eine Aussprache statt.

EBM Seigfried stellt abschließend die Vorl.Nr. 431/12 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:

Der BSS beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Beschaffungsverfahrens für ein Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20 für die Abteilung Oßweil

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Kromer (entschuldigt)
Stadträtin Klett-Heuchert (entschuldigt)
Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 422/12.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache äußert Stadtrat **Glasbrenner** die Bitte, generell im Beschlusstext die finanziellen Mittel aufzunehmen.

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung, Feuerwehr) beantwortet daraufhin Fragestellungen von Stadträtin **Steinwand**, insbesondere nach den Einsatzzahlen und den Bemühungen um eine interkommunale Zusammenarbeit.

EBM **Seigfried** erläutert, dass die Fahrzeugbeschaffung der Feuerwehr generell im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans fortgesetzt werde. Heute gehe es darum, dass die Ausschreibung vorgenommen werden könne.

Nach Beratung stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 422/12 mit den ausgewiesenen Kostenansätzen für die Haushaltsjahre 2013/2014 im Gremium zur Abstimmung. Er stellt fest, dass der entsprechende Finanzmittelbedarf künftig im Beschlussvorschlag mit aufgenommen würde.

TOP 4	Leistungsvereinbarung für das DRK-Stadtteilbüro Grünbühl/Sonnenberg im MehrGenerationenHaus 2013-2014	Vorl.Nr. 389/12
-------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

1. Mit dem DRK-Kreisverband Ludwigsburg e.V. wird eine Leistungsvereinbarung zur Gemeinwesenarbeit des Stadtteilbüros Grünbühl/Sonnenberg für die Jahre 2013/2014 abgeschlossen.
2. Hierfür erhält das DRK einen Zuschuss von 69.189,75 €. Tarifsteigerungen analog des TVöD werden zusätzlich gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange (Urlaub)
Stadtrat Kromer (entschuldigt)
Stadträtin Klett-Heuchert (entschuldigt)
Stadtrat Dr. Bohn (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 389/12 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Bezug nehmend auf Ziffer 2 der Vorl.Nr. 389/12 informieren EBM **Seigfried** und Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport), dass als Modifikation des Beschlussvorschlags bezüglich des Zuschusses noch bis zu 5 % Regiepauschalen berücksichtigt und dazugerechnet werden müssten. Es werde nun vorgeschlagen, von den 69.895 Euro des ausgewiesenen Zuschusses 4.000 Euro pauschale Regiekosten abzuziehen und dann den Aufschlag von 5 % Regiekosten zu gewähren. Der Zuschuss betrage dann 69.189,75 Euro.

EBM **Seigfried** verweist auf die Gemeinwesenarbeit des DRK in Kooperation mit der Stadt. Ab Januar 2013 solle das Mehrgenerationenhaus Grünbühl-Sonnenberg eröffnet werden.

In der nachfolgenden Aussprache verweist Stadträtin **Kopf** darauf, dass man im Rahmen der Sozialen Stadt viele Aktivitäten entwickelt habe, die gebündelt und koordiniert werden müssten. Es gehen nun darum, mit dem DRK eine Rahmenvereinbarung über die seit Jahren erbrachte Leistung zu schließen.

In der weiteren Aussprache kommt seitens des Gremiums allgemein Anerkennung zur Gemeinwesenarbeit des DRK zum Ausdruck, aber auch der Wunsch, nach zwei Jahren Bilanz zu ziehen und die Situation neu zu beurteilen.

EBM **Seigfried** sagt zu, dass das Thema im Sommer 2014 wieder umfassend aufgegriffen werde.

Nach Aussprache stellt EBM **Seigfried** abschließend die Vorl.Nr. 389/12 abweichend unter Berücksichtigung der Modifikation in Ziffer 2, wonach dem DRK anstelle von 65.000 € ein Zuschuss in Höhe von 69.189,75 € gewährt wird, im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5

Freiflächen im Innenstadt-Campus
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2012

Vorl.Nr. 099/12

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf den dem Gremium vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2012, Vorl.Nr. 099/12.

Stadtrat **von Stackelberg** erläutert und begründet kurz den Antrag seiner Fraktion. Die Situation habe sich verschärft, es seien viele Flächen als Bewegungsflächen weggefallen und es stelle sich die Frage nach einem Konzept für die Freiflächen.

Auf die Thematik Freiflächen im Schulcampus Innenstadt Bezug nehmend stellt Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) anhand einer Powerpoint-Präsentation die aktuelle Situation dar. Er erläutert die Historie aller diesbezüglichen Beschlüsse und geht auf den Rahmenplan ein. Er berichtet weiterhin ausführlich anhand von Fotos über die Arbeit, die Schwerpunkte und alle

Überlegungen der Arbeitsgruppe Freiflächenplanung und zeigt auf, welche Flächen noch gestaltet werden könnten. Im Gesamtzusammenhang des Prüfauftrags des Gremiums, eine Ganztageskonzeption für das Stadtbad zusammenzustellen sowie der Entwicklung einer pädagogischen Konzeption für den Schulcampus werde der Antrag der SPD-Fraktion im Hinblick auf ein sportpädagogisches Konzept berücksichtigt.

EBM **Seigfried** fasst zusammen, dass die Friktionen eines Innenstadtcampus nicht überraschten. Man habe eine extrem enge Flächenbelegung, die durch den Bau des Bades noch verschärft werde. Es gelte, die vorhandenen Flächen mit dem Angebot der Schulen in eine vernünftige Korrespondenz zu bringen.

Stadträtin **Moersch** berichtet ebenfalls von der Arbeit in der ARGE. Man sei viele kleine Schritte mit wenigen finanziellen Mitteln gegangen. Die anstehenden Baumaßnahmen verhinderten jedoch die endgültige Gestaltung der Seestraße, in der in absehbarer Zeit wegen des Umbaus des Goethe-Gymnasiums gearbeitet werde. Sie plädiert dafür, die verbliebenen wenigen Räumlichkeiten für die Jugendlichen beispielsweise für ein Festival zu erhalten und nicht zu überplanen.

Stadträtin **Steinwand** regt an, den Spielplatz in der Karlstraße mit einzubeziehen und die Straße gestalterisch zu verändern, weil der Platz fehle.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht sich dafür aus, auch schon während der Baumaßnahme nachzudenken, ob nicht doch noch andere Plätze mit einbezogen werden könnten. Deshalb sei ein bewegungspädagogisches Konzept sinnvoll.

Nach weiterer kurzer Aussprache erklärt EBM **Seigfried**, dass man die bestehenden Flächen seiner Meinung nach noch besser gestalten könnte. Den Spielplatz werde man nicht in die Entwicklungen beziehungsweise Überlegungen mit einbeziehen, dieser müsse als Innenstadtspielplatz erhalten bleiben. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Prüfauftrag werde der Antrag der SPD-Fraktion im Hinblick auf ein sportpädagogisches Konzept berücksichtigt.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2012, Vorl.Nr. 099/12 ist mit dieser Zusage seitens der Verwaltung erledigt.

EBM **Seigfried** erklärt abschließend, man werde des Weiteren die Entwicklung der Flächen der Pestalozzischule noch in die Überlegungen mit aufnehmen, da diese nach Sanierung in absehbarer Zeit zur Verfügung stünden.